

ARGUMENTATION KOMPAKT

Ein Service der Hanns-Seidel-Stiftung für politische Entscheidungsträger



Ausgabe vom 20. November 2017 – 10/2017

Radikalisierung und Extremismus

Eine Herausforderung für Demokratie und politische Bildung

Paula Bodensteiner / Susanne Schmid /// Radikalisierung und Extremismus in den unterschiedlichsten Ausprägungen beschäftigen die Öffentlichkeit und tragen zu einer erheblichen Verunsicherung der Bevölkerung bei. Die Ursachen für Extremismen sind vielfältiger Natur und lassen sich nicht monokausal erklären. Allerdings begünstigen individuelle prekäre Lebensumstände als auch sozio-kulturelle Spannungen innerhalb der Gesellschaft Radikalisierungsprozesse. Eine Rekrutierung Jugendlicher für extremistische Organisationen erfolgt meist über geschickte Anwerbestrategien, auch in sozialen Medien.

Wichtig ist es, die Gründe für eine mögliche Radikalisierung zu verstehen, den Beginn einer Radikalisierung zu erkennen und Möglichkeiten zum Entgegenwirken aufzuzeigen. Nur die aktive Auseinandersetzung mit diesen Problematiken in unserer Gesellschaft führt zu einer langfristigen Stärkung der Demokratie. ///

Radikalisierung und Extremismus

Eine Herausforderung für Demokratie und politische Bildung

Thesen

- Gesellschaftliche Integration bedeutet ein unverhandelbares Ja zu unseren Verfassungswerten.
- Die Vermittlung freiheitlich demokratischen Denkens in allen Altersstufen ist die beste Präventionsarbeit gegen Radikalisierung.
- Notwendig sind Strukturen, die flächendeckend freiheitlich demokratisches Denken, Verfassungswerte und Rechtsstaatlichkeit in allen Altersstufen vermitteln und einfordern.
- Versäumnisse bei der Integration in unsere Gesellschaft sind ungenützte Chancen, die nachträgliche Präventionsarbeit erfordern.
- Keine Form des Extremismus darf unterschätzt werden, weder Islamismus noch Links- und Rechtsextremismus.
- Um wirkungsvoll Radikalisierung und Extremismus zu begegnen, brauchen wir eine umfassende Analyse der Faktenlage und eine wissenschaftliche Ursachenforschung, welche Umstände zu einer Radikalisierung führen.
- Die Demokratie als Gesellschafts- und Staatsform erfordert eine sachliche Diskussionskultur, dabei ist auch in der Politik auf eine respektvolle Sprache zu achten. Sprache formt das Denken.
- Die Gesellschaft muss für erste Anzeichen einer Radikalisierung sensibilisiert werden.
- Hilfsmaßnahmen sowohl für Personen mit extremistischen Tendenzen als auch für deren Angehörige, für Freunde, für Lehrer und Ausbilder müssen frühzeitig und niederschwellig erfolgen.
- Hilfeleistung und Unterstützung für Opfer von extremistischen Übergriffen müssen bereitgestellt werden.

Prozesse der Radikalisierung im Islamismus, Links- und Rechtsextremismus sind in Politik und Gesellschaft zunehmend ein Thema geworden. Die Bayerischen Verfassungsschutzinformationen für das 1. Halbjahr 2017 bestätigen, dass die Bedrohungslagen durch gewalttätigen Extremismus und Terrorismus jeglicher Art in Deutschland und Europa gestiegen sind. Insbesondere Personen im Jugendalter, die nicht von unserer Gesellschaft aufgefangen werden, suchen sich ein anderes Bezugssystem und werden so leicht zu Opfern von kriminellen Banden und extremistischen Gruppierungen. An dieser Stelle sei auch die jüngste Studie „Asylsuchende in Bayern“ der Hanns-Seidel-Stiftung erwähnt, die derartige Tendenzen bestätigt.¹

Begriffsklärung

In der Alltagssprache werden die Begriffe „Extremismus“, „Radikalismus“ und „Radikalisierung“ häufig gleichbedeutend verwendet. Es besteht jedoch ein zentraler Unterschied: Extremistische Bestrebungen werden vom Verfassungsschutz beobachtet, radikale hingegen nicht.

- Beim „Radikalismus“ handelt es sich zwar auch um eine überspitzte, zum Extremen neigende Denk- und Handlungsweise, die gesellschaftliche Probleme und Konflikte bereits „von der Wurzel (lat. radix) her“ anpacken will.² Im Unterschied zum „Extremismus“ sollen jedoch weder der demokratische Verfassungsstaat noch die damit verbundenen Grundprinzipien beseitigt werden. Radikale politische Auffassungen haben in unserer pluralistischen Gesellschaftsordnung ihren legitimen Platz.
- „Radikalisierung“ bezeichnet einen Prozess, nämlich die zunehmende Hinwendung von Personen oder Gruppen zu einer extremistischen Denk- und Handlungsweise.³
- „Extremistische Bestrebungen“ zielen darauf ab, die Grundwerte der freiheitlich-demokratischen Grundordnung (fdGO) zu beseitigen: Das Bundesverfassungsgericht hat die Prinzipien der fdGO 1952 folgendermaßen definiert: (a) die Achtung der im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte; (b) die Volkssouveränität; (c) die Gewaltenteilung; (d) die Verantwortlichkeit der Regierung; (e) die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung; (f) die Unabhängigkeit der Gerichte; (g) das Mehrparteienprinzip; (h) die Chancengleichheit aller politischen Parteien und (i) das Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition. Extremistische Bestrebungen, die einen oder mehrere dieser Grundwerte abschaffen wollen, werden vom Verfassungsschutz beobachtet.⁴

Die vielfältigen Formen des Extremismus stellen nicht erst in ihren gewaltbereiten oder terroristischen Handlungsformen eine Bedrohung dar. Vielmehr kann bereits die zugrunde liegende politische Ideologie eine Gefahr für die freiheitlich-demokratische Grundordnung bedeuten (vgl. Tab. 1).

Tabelle 1: Extremismusformen – Ursachen, Gemeinsamkeiten und Gegenmaßnahmen

Extremismusformen	
Islamismus	<ul style="list-style-type: none"> • religiös verbrämte Form des politischen Extremismus • propagiert allumfassenden Geltungsanspruch des islamischen Rechts, der Scharia, in einer totalitären, sämtliche Lebensbereiche betreffenden Auslegung • richtet sich gegen zentrale Verfassungsprinzipien wie Volkssouveränität, Gewaltenteilung und Menschenrechte
Rechtsextremismus	<ul style="list-style-type: none"> • gemeinsames ideologisches Band: Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus, Geschichtsrevisionismus und Autoritarismus • richtet sich gegen die universelle Geltung der Menschenrechte und die im Grundgesetz verankerte Gleichheit der Menschen vor dem Gesetz
Linksextremismus	<ul style="list-style-type: none"> • Ausrichten des politischen Handelns an revolutionär-marxistischen oder anarchistischen Vorstellungen • Ziel ist eine sozialistische bzw. kommunistische oder eine „herrschaftsfreie“ Gesellschaft • richtet sich gegen Grundrechte, parlamentarische Demokratie, Gewaltenteilung, Rechtsstaatsprinzip und Pluralismus
(gewalttätiger) Extremismus	<ul style="list-style-type: none"> • wird vom Verfassungsschutz beobachtet, Radikalismus nicht • richtet sich gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung • Gewalt wird dabei häufig als Mittel zur Durchsetzung der jeweiligen Ziele befürwortet, propagiert oder sogar praktiziert
Terrorismus	<ul style="list-style-type: none"> • ist die aggressivste und militanteste Form des politischen Extremismus, bei der die extremistischen Ziele mit Mitteln eines nachhaltig geführten gewaltsamen Kampfes durch systematische Anwendung massiver Gewaltakte verfolgt werden • Kennzeichen des Terrorismus ist die Verübung schwerer Anschläge durch arbeitsteilig organisierte, grundsätzlich verdeckt operierende Gruppen
Ziele	<ul style="list-style-type: none"> • die freiheitlich-demokratische Grundordnung abzuschaffen und sie durch eine nach den jeweiligen Vorstellungen formierte Ordnung zu ersetzen
Instrumente	<ul style="list-style-type: none"> • ideologische Absolutheitsansprüche • Freund-Feind-Denken • Verschwörungsideologien

Gemeinsamkeiten	<ul style="list-style-type: none"> • Kompromisslosigkeit • Überlegenheitsphantasien • Gegner durch Zwang dem eigenen Weltbild unterwerfen
Ursachen für Radikalisierung	<ul style="list-style-type: none"> • ungerechte Behandlung und Ausgrenzung • gefühlte Deprivation (Benachteiligung) • Wunsch nach Zugehörigkeit • Suche nach einfachen Antworten auf Fragen unserer vielschichtigen Zeit • Wunsch nach Anerkennung und Bestätigung • Identitätssuche • Unkenntnis gewaltfreier Konfliktlösungen
Verstärker	<ul style="list-style-type: none"> • fragwürdige charismatische Führer • gezielte (Internet-)Propaganda • einschlägige Kontakte in Haftanstalten und einigen Moscheen
Gegenmaßnahmen	
präventiv	<ul style="list-style-type: none"> • starke Ideale • mündige Menschen, mit aktiver Teilhabe am politischen und gesellschaftlichen Leben • gelingende Integration aller Menschen, insbesondere der Migranten • Entgegenwirken von Parallelgesellschaften • Aufklärung über Demokratie und Verfassungswerte • Politische Bildung, interkulturelles Lernen und Demokratiearbeit • Toleranzschulung auf demokratischer Basis • Kompetenzförderung im Umgang mit den neuen Medien • Beratungsangebote für Aussteiger, Gefährdete, Angehörige und Opfer
repressiv	<ul style="list-style-type: none"> • Einfordern von Verfassungswerten • entschlossene Strafverfolgung
national und international	<ul style="list-style-type: none"> • Aufklärung und politische Auseinandersetzung • Maßnahmen der Prävention und Deradikalisierung • Monitoring und Intervention • konsequente Strafverfolgung und Gefahrenabwehr • grenzüberschreitender Austausch • Forschungsförderung

Quelle: Eigene Darstellung.⁵

Radikalisierungsprävention und Deradikalisierung

In der Radikalisierungsprävention geht es vor allem um die Stärkung demokratischer Werte, insbesondere um die Würde des Menschen, den Schutz von Leben und Gesundheit, die Gleichberechtigung der Geschlechter, den gegenseitigen Respekt, die Achtung der Mitmenschen und die Toleranz gegenüber Andersdenkenden.

Demokratische Zusammenhänge werden hier sichtbar und bewusst gemacht, zur Diskussion gestellt und damit die demokratische Werteerhaltung gefördert sowie die Bereitschaft zum Mitmachen gestärkt. Sie trägt zur Stabilisierung insbesondere junger Menschen bei, damit diese ihren Platz in der Gesellschaft finden und ihre Beziehungs-, Konflikt- und Erlebnisfähigkeit sowie das Selbstbewusstsein und die Selbstständigkeit gestärkt werden. Ein Ziel bei der Präventionsarbeit ist, dass Radikalisierung möglichst gar nicht erst entsteht. Die Handlungs- und Kommunikationsstrategien im Bereich der Radikalisierungsprävention richten sich daher an die gesamte Gesellschaft.⁶

Deradikalisierung bedeutet, gefährdete junge Menschen aus einem extremistischen Umfeld herauszulösen. Wichtige Arbeit leisten dabei die Beratungsstellen, die durch niedrigschwellige Ansätze zunächst eine Arbeitsbeziehung zu den jungen Menschen aufbauen. Durch ihre pädagogische Vorgehensweise können sie den Ablösungsprozess von extremistischen Gruppierungen sowie das Hinterfragen radikaler Ideologeelemente bewirken. Die Angebote bestehen aus Maßnahmen der Intervention, Deradikalisierung und Ausstiegsbegleitung sowie Beratung für Angehörige.⁷

Resümee

Pluralismus und Vielfalt der Lebensstile, Meinungsfreiheit, Gleichberechtigung, Toleranz und Frieden, freie Wahlen und soziale Absicherung – dies alles sind Errungenschaften unserer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft. Es ist Aufgabe jedes Einzelnen und insbesondere auch Aufgabe von Vereinen, Verbänden und Institutionen, unsere demokratischen Werte zu vermitteln und auf ein europäisches Werteverständnis zu bauen. Zum Erhalt unserer Demokratie bedarf es gesamtgesellschaftlicher Integration, flächendeckender Vermittlung demokratischer Werte in allen Altersstufen sowie konsequenter Strafverfolgung von Extremisten.

Anmerkungen

- ¹ https://www.hss.de/download/publications/Asylsuchende_in_Bayern.pdf, Stand: 19.10.2017.
- ² <https://www.verfassungsschutz.de/de/service/glossar/extremismus-radikalismus>, Stand: 27.10.2017.
- ³ <https://www.bka.de/DE/IhreSicherheit/RichtigesVerhalten/Radikalisierung/radikalisierung.html>, Stand: 19.10.2017.
- ⁴ <http://www.verfassungsschutz.brandenburg.de/cms/detail.php/lbm1.c.336441.de>, Stand: 20.10.2017.
- ⁵ Darstellung basierend auf https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2016/rede-osze-anti-terrorismus.pdf;jsessionid=B35182BC70A24743F3BOC2C82E7C64B1.2_cid373?_blob=publicationFile&v=1; <http://www.verfassungsschutz.brandenburg.de/cms/detail.php/lbm1.c.336441.de>; https://www.bmi.bund.de/DE/service/lexikon/functions/bmi-lexikon.html?cms_lv3=9398372&cms_lv2=9391128; <http://www.verfassungsschutz.bayern.de/linksextremismus/index.html>; <http://www.verfassungsschutz.bayern.de/rechtsextremismus/index.html>; <https://www.bmfsfj.de/blob/109002/5278d578ff8c59a19d4bef9fe4c034d8/strategie-der-bundesregierung-zur-extremismuspraevention-und-demokratiefoerderung-data.pdf>; http://www.bmi.bund.de/DE/Themen/Sicherheit/Extremismusbekaempfung/Islamismus-Salafismus/islamismus-salafismus_node.html, Stand: 23.10.2017.
- ⁶ <http://www.stmas.bayern.de/radikalisierungspraevention/index.php>, Stand: 20.10.2017.
- ⁷ <http://www.violence-prevention-network.de/de/aktuelle-projekte/beratungsstelle-bayern>, Stand: 20.10.2017.

Autorinnen

Paula Bodensteiner

ist Referentin für Bildung, Hochschulen, Kultur der Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München.

Dr. Susanne Schmid

ist Referentin für gesellschaftliche Entwicklung, Migration, Integration der Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München.